



Herr Alain Berset, Bundesrat
Eidgenössische Departement des Innern

Per Email an:
Sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch

Bern, 11. Februar 2021

Vernehmlassungsantwort zur Verordnung über Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Die EVP Schweiz dankt für die Möglichkeit sich zur Verordnung über Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose zu äussern. Die EVP war sehr erfreut, dass die Bundesversammlung die Vorlage zum Bundesgesetz über Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose angenommen hat. Das Risiko ausgesteuert zu werden, weil es nach einem gewissen Alter schwieriger ist, sich nach dem Verlust einer Stelle wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren, ist heute leider hoch. Die vorliegende Verordnung regelt die Kriterien der Überbrückungsleistungen (ÜL). Dies, um das Erreichen des ordentlichen Rentenalters in einem würdigen Rahmen zu gewährleisten.

Kritische Würdigung der Vorlage

Für die EVP sind die **Anspruchsvoraussetzungen bzgl. Vermögen** für alleinstehende Personen (max. 50'000) und für Ehepaare (max. 100'000) richtig. Wir finden es auch richtig, dass die selbstbewohnten Liegenschaften für die Beurteilung, ob die zulässige Vermögensschwelle überschritten wird, ausser Acht gelassen werden. Dass das Alterskapital der beruflichen Vorsorge bei der Berechnung der ÜL nicht zum Vermögen hinzugezogen werden darf, macht natürlich Sinn, sodass die Höhe der Altersvorsorge bis zum Anspruch auf die ordentliche Altersleistungen nicht geschmälert wird.

Oberstes Ziel für die EVP soll die bleibende **aktive Partizipation im Arbeitsprozess und damit auch in der Gesellschaft** bleiben. Es ist klar, dass es sich bei den Bezügerinnen und Bezüger von ÜL um Personen handelt, die sich bereits während den vorangehenden Jahren erfolglos um Arbeit bemüht haben. Darum findet die EVP die umfassende Definition der Bemühungen, die anerkannt werden, gut. Dazu gehört Freiwilligenarbeit, die Teilnahme an einem Sprachkurs, Coaching, oder die Pflege und Betreuung von Angehörigen oder Bekannten. Hier ist auch Care Arbeit zu verstehen, ein zentrales Anliegen der EVP.

Forderung der EVP

In der vorliegenden Verordnung ist die Teilnahme an diesen Integrationsmassnahmen freiwillig. Wir beantragen dies zu überdenken, denn die **Teilnahme an solchen Engagements soll verpflichtend sein**. Wir stellen diesbezüglich eine gesetzliche Lücke bezüglich Sanktionsmöglichkeit fest. Diese soll behoben werden. Es macht wenig Sinn, den Nachweis von Integrationsbemühungen zu verlangen, wenn ein fehlender Nachweis

nicht sanktioniert werden kann. Es kann jedem und jeder gesunden Person, die zwischen 60 und 65-Jährig ist, zugemutet werden, als Gegenleistung zu den ÜL Freiwilligenarbeit oder Care-Arbeit zu leisten. Dies soll als Nachweis von Integrationsbemühungen anerkannt werden.

Besten Dank für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse



Marianne Streiff
Präsidentin EVP Schweiz



Roman Rutz
Generalsekretär EVP Schweiz

Département fédéral de l'intérieur
DFI
Inselgasse 1
3003 Berne

Berne, 2 février 2021 / nb
VL Ordonnance PT

Par e-mail :
Sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch

Ordonnance sur les prestations transitoires pour les chômeurs âgés Prise de position du PLR.Les Libéraux-Radicaux

Madame, Monsieur,

Nous vous remercions de nous avoir donné la possibilité de nous exprimer dans le cadre de la consultation de l'objet mentionné ci-dessus. Vous trouverez ci-dessous notre position.

PLR.Les Libéraux-Radicaux accepte cette proposition d'ordonnance sur les prestations transitoires pour les chômeurs âgés. Au Parlement, le groupe libéral-radical avait approuvé la loi, après avoir apporté certaines modifications au projet du Conseil fédéral. D'une part, il convenait de s'assurer que ces prestations ne soient versées qu'en dernier recours et de la manière la plus ciblée possible. D'autre part, il a été précisé que des efforts de réintégration sur le marché du travail devaient continuer à être menés par les bénéficiaires.

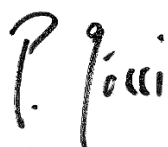
A l'art. 4 (« Seuil d'entrée lié à la fortune »), le PLR soutient la disposition proposée. L'avoir de la prévoyance professionnelle ne doit être pris en compte dans le calcul de la fortune nette déterminante pour le seuil d'entrée que lorsqu'il excède 26 fois le montant destiné à la couverture des besoins vitaux (art. 9). Ce facteur protège les avoirs de prévoyance vieillesse qui permettent à l'assuré de se situer légèrement au-dessus des dépenses couvertes par les prestations transitoires ou complémentaires, soit 43'000 francs par année. Ce procédé est opportun.

L'art. 5, qui aborde la question des efforts d'intégration sur le marché du travail des bénéficiaires de prestations transitoires, est important. Il devrait concrétiser l'art. 5, al. 5 de la [LPtra](#). Or, la formulation proposée dans ce projet d'ordonnance est reprise sans précision du texte de loi. Il convient donc de détailler les efforts d'intégration attendus de la part des bénéficiaires, et de prévoir d'éventuelles sanctions en cas de non-respect des engagements.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à nos arguments, nous vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, l'expression de nos plus cordiales salutations.

PLR.Les Libéraux-Radicaux
La Présidente

La Secrétaire générale



Petra Gössi
Conseillère nationale

Fanny Noghero



E-Mail: raphael.noser@gruene.ch

Eidgenössisches Departement des
Innern EDI
Bundesamt für Sozialversicherungen BSV
Effingerstrasse 20
3003 Bern

sekretariat.abel@bsv.admin.ch

8. Februar 2021

Verordnung über Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Bundesrat,

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Zusammenhang mit der im Titel vermerkten Vernehmlassung haben Sie die GRÜNEN zur Stellungnahme eingeladen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit, uns zur Vorlage zu äussern.

Zu späte Inkraftsetzung

Die GRÜNEN zeigen sich erfreut darüber, dass National- und Ständerat in der Sommersession 2020 dem Bundesgesetz über Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose (ÜLG) zugestimmt haben. Wir werten dies als wichtigen sozialpolitischen Erfolg für Personen, welche gegen Ende ihres Berufslebens ihre Stelle verlieren. Diese Reform ist umso dringender und bedeutender, als dass sich die Schweiz derzeit in der grössten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten befindet: Die Lage bei den älteren Arbeitslosen ist zunehmend besorgniserregend und die Zahl der Aussteuerungen steigt rapide an. Es ist folglich zentral, dass das ÜLG so rasch als möglich in Kraft gesetzt wird. Ein rasches Inkrafttreten erachten die GRÜNEN nicht nur als sozialpolitische Notwendigkeit, sondern es erscheint uns angesichts der engen Verknüpfungen mit dem Ergänzungsleistungsgesetz auch für die Vollzugsbehörden zumutbar. Wir beantragen den Bundesrat deshalb dringend, die Inkraftsetzung bereits auf den 1. April 2021 vorzuziehen.

Zu restriktive Vermögensschwelle

In Art. 4 ÜLV wird der Betrag festgelegt, bis zu welchem das Kapital der beruflichen Vorsorge für den Anspruch auf ÜL nicht berücksichtigt werden darf. Im Vernehmlassungsentwurf schlägt der Bundesrat dabei eine Vermögensschwelle vor, welche dem 26-Fachen des allgemeinen Lebensbedarfs – oder umgerechnet rund 500'000 Franken – entspricht. Dieser restriktive Schwellenwert entspricht unseres Erachtens jedoch nicht dem Willen des Gesetzgebers, da die Schwelle dazu dienen sollte, Personen mit «sehr hohen Vorsorgeguthaben» vom Bezug von Überbrückungsleistungen auszuschliessen. Mit dem Verordnungsentwurf sind jedoch deutlich mehr Personen von diesem Schwellenwert betroffen, was insbesondere auch einem zentralen Ziel der Überbrückungsleistungen entgegenläuft: dem Schutz der Vorsorgeguthaben älterer Arbeitsloser. Wir beantragen dem Bundesrat deshalb, die Vermögensschwelle substanziell zu erhöhen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen und bitten Sie, die Vorlage entsprechend anzupassen. Für Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse



Balthasar Glättli

Präsident



Raphael Noser

Fachsekretär

grüne / les verts / i verdi

waisenhausplatz 21 . 3011 bern . schweiz

Sekretariat.ABEL@bsv.admin.ch

Bern, 9. Februar 2021

Verordnung über Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Die SVP Schweiz lehnt die Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose aus grundsätzlichen Überlegungen ab. Wir fordern deshalb eine schlanke, restriktive Umsetzung des Bundesgesetzes über Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose (ÜLG). Aus diesem Grund bedarf es einiger Änderungen und Präzisierungen an der vorliegenden Verordnung.

Zunächst ist nochmals darauf hinzuweisen, dass die Überbrückungsleistungen auf einer ungenügenden Verfassungsgrundlage basieren. Zwar kann der Bund Vorschriften über die Arbeitslosenfürsorge erlassen (Art. 114 Abs. 5 BV). Es ist jedoch Aufgabe der Wohnkantone, Bedürftige zu unterstützen (Art. 115 BV). Zu diesem Zweck wird von den Kantonen Sozialhilfe ausgerichtet. Ausgesteuerte Arbeitslose zu unterstützen, fällt in die Kompetenz der Kantone.

Die soziale Verantwortung der Arbeitgeber darf nicht auf den Staat abgewälzt werden. Die Erwerbstätigen aus der Schweiz werden oftmals durch die hohe Zuwanderung aus dem EU-Raum vom Arbeitsmarkt verdrängt. Die Unternehmen können Kosten reduzieren, wenn sie einen günstigeren jungen Arbeitnehmer aus dem europäischen Ausland anstelle eines älteren Schweizer Arbeitnehmers einstellen. Die SVP hat dies stets kritisiert und wird kritisch beobachten, wie sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt nach Einführung der Überbrückungsleistungen verändern wird.

Die SVP Schweiz hält Überbrückungsleistungen grundsätzlich für das falsche Mittel, um ältere Arbeitslose zu unterstützen. Ältere Arbeitslose wollen keine staatlichen Almosen, sondern Arbeit. Wer dazu in der Lage und willens ist, einer Arbeit nachzugehen, soll dies tun können. Das Ziel sollte es sein, älteren Arbeitslosen den Wiedereinstieg ins Arbeitsleben zu ermöglichen. Der viel zitierte «Fachkräftemangel» ist hausgemacht, solange nichts dagegen unternommen wird, dass Erwerbstätige über 50 Jahren in die Arbeitslosigkeit abgeschoben werden.

Die SVP spricht sich für eine schlanke, restriktive Umsetzung des Bundesgesetzes über Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose (ÜLG) aus. Im Vordergrund muss stets die Integration in den Arbeitsmarkt sein. Die unterbreitete Verordnung über Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose hat sich daran zu orientieren. Mit den Überbrückungsleistungen ist das Renteneintrittsalter faktisch auf 60 Jahre gesunken. Dies ist finanziell nicht nachhaltig, da der Sozialstaat zusätzlich belastet wird. Es widerspricht ausserdem den laufenden Bemühungen, die Altersvorsorge auf solide Beine zu stellen und den Arbeitnehmern einen flexiblen Renteneintritt zu ermöglichen.

Aus den genannten Gründen bedarf es einiger Änderungen und Präzisierungen. Gestatten Sie uns die folgenden Anmerkungen zu den Artikeln des vorliegenden Entwurfs:

Art. 4 ÜLV:

Eine Berücksichtigung von Vorsorgeguthaben, sobald das 26-Fache des allgemeinen Lebensbedarf überschritten wird, d.h. ab 500'000 Franken, ist zu grosszügig. Eine An-

gleichung an die gedeckten Ausgaben der Überbrückungsleistungen bzw. Ergänzungsleistungen (43'000 Franken) erscheint angebracht. Unter diesen Umständen sind Vorsorgeguthaben zu berücksichtigen, sobald sie das 20-Fache des allgemeinen Lebensbedarf übersteigen.

Art. 5 ÜLV:

Die Integration in den Arbeitsmarkt muss im Vordergrund stehen. Ein verpflichtender Nachweis der Integrationsbemühungen ist darum zu begrüssen. Massnahmen, die zu keiner konkreten Verbesserung der Arbeitsmarkttauglichkeit beitragen, sollten nicht angerechnet werden. Insofern sind die aufgezählten Beispiele im Bericht kritisch zu beurteilen. Art. 5 ÜLV ist entsprechend zu ergänzen.

Art. 13 ÜLV:

Aus Sicht der SVP sollte der Abzug nur für Versicherungsmodelle mit der höchsten Wahlfranchise gewährt werden. Wer freiwillig eine tiefere Franchise oder das Grundmodell wählt, soll die Mehrkosten nicht geltend machen können.

Art. 24 ÜLV:

Hierbei sollte zur Präzisierung festgehalten werden, dass auch Schenkungen, gemischte Schenkungen, die Ausrichtung eines Erbvorbezugs und die Ausschlagung einer Erbschaft, die nicht überschuldet ist, angerechnet werden, um mögliche Umgehungen zu verhindern.

Art. 27 ÜLV:

Vermögenswerte, auf die ohne Rechtspflicht und ohne gleichwertige Gegenleistung verzichtet wurden, sind vollumfänglich und ohne Abschlag zu berücksichtigen. Ansonsten erhöht sich das Missbrauchspotenzial.

Art. 32 ÜLV:

Dass die Vergütung von im Ausland eingekauften zahntechnischen Arbeiten durch Schweizer Zahnärztinnen und Zahnärzte nach dem ausländischen Tarif vergütet wird, sofern dieser niedriger ist, ist zu begrüssen.

Art. 42 ÜLV:

Hierbei sollte explizit festgehalten werden, dass eine Ausrichtung von Überbrückungsleistungen ins Ausland nur erfolgt, wenn die Bemühungen um Integration in den Arbeitsmarkt nachgewiesen worden sind. Massnahmen, die zu keiner konkreten Verbesserung der Arbeitsmarkttauglichkeit beitragen, sollen nicht angerechnet werden.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI

Der Präsident



Marco Chiesa, Ständerat

Der Generalsekretär



Peter Keller, Nationalrat



**Parti socialiste
suisse**

Theaterplatz 4
3011 Berne

Téléphone 031 329 69 69
Téléfax 031 329 69 70

info@pssuisse.ch
www.pssuisse.ch

Envoi par courriel :

Sekretariat.abel@bsv.admin.ch

À l'attention du Département fédéral de l'intérieur DFI,
Office fédéral des assurances sociales OFAS

Berne, le 11 février 2021

Consultation concernant l'ordonnance sur les prestations transitoires pour les chômeurs âgés

Monsieur le conseiller fédéral,
Mesdames, Messieurs,

Le Parti socialiste suisse (PS Suisse) vous remercie de l'opportunité qui lui est accordée de se prononcer dans le cadre de la consultation concernant l'objet cité en marge.

Contexte

La Loi fédérale sur les prestations transitoires pour chômeurs âgés (LPtra) a été adoptée par le Parlement lors de la session d'été 2020. Ce nouveau dispositif doit combler une lacune de notre système de sécurité sociale suisse en permettant aux personnes âgées de 60 ans et plus, arrivées en fin de droit auprès des prestations du chômage, d'éviter de devoir consommer leurs avoirs de prévoyance-vieillesse et recourir à l'aide sociale pour couvrir leurs besoins vitaux. En ce sens, la prestation transitoire est un outil supplémentaire pour lutter contre la pauvreté des personnes âgées.

Toutefois, la loi mise sous cloche par les Chambres fédérales est finalement calquée sur la loi des prestations complémentaires à l'AVS et à l'AI (LPC) et est – à notre plus grand regret – moins ambitieuses que le projet initialement négocié par les partenaires sociaux et le Conseil fédéral, que nous avons alors soutenu. Enfin, l'UDC a tenté, en vain, de remettre en cause cette nouvelle prestation en lançant un référendum.

Le contexte actuel de crise sanitaire, économique et sociale démontre de façon cinglante les lacunes de notre système de sécurité sociale et toute la légitimité de cette nouvelle prestation.

Entrée en vigueur de la LPtra trop tardive

Si le PS Suisse comprend que certains délais pour la mise en place d'un nouveau dispositif sont incompressibles, il n'en reste pas moins que nous sommes interloqués par l'entrée en vigueur si tardive de la LPtra.

En effet, les nouvelles dispositions concernant la LPC sont, quant à elles, entrées en vigueur le 1^{er} janvier 2021. Or, sachant que les organes d'exécution sont les mêmes pour la LPC et la LPtra et que cette dernière est calquée sur la LPC, il est raisonnable de demander que l'entrée en vigueur soit réalisée le plus rapidement possible.

Le 18 décembre 2020, le Parlement a décidé que les personnes arrivant en fin de droit dans l'assurance-chômage dès le 1er janvier 2021 peuvent faire valoir un droit aux prestations transitoires dès que cette même loi entre en vigueur. C'est un pas important, mais terriblement insuffisant. Concrètement, les personnes se retrouvant en fin de droit dans ce premier semestre 2021 n'auront droit à aucune prestation avant le 1er juillet.

Il est vrai aussi que le Conseil fédéral, le 27 janvier dernier, a annoncé une prolongation de trois mois de la durée du droit aux indemnités journalières pour les personnes au chômage. C'est un sursis. Néanmoins le message à l'heure actuelle n'a toujours pas été adopté.

Ainsi, le PS Suisse plaide pour une accélération des procédures et une entrée en vigueur au plus tard au 1^{er} avril 2021

Seuil d'entrée lié à la fortune : prise en compte des avoirs de la prévoyance professionnelle pour la détermination nette (art. 4 OPtra ; art. 5, la. 1, let. c LPtra)

Lors des travaux parlementaires, le législateur a exprimé la volonté d'exclure des prestations transitoires (Ptr) les avoirs de prévoyance vieillesse très élevés.

Le Conseil fédéral propose, à travers cet article 4 OPtra, un seuil de fortune dont le montant de l'avoir de la prévoyance professionnelle correspond à plus 26 fois le montant destiné à la couverture des besoins vitaux, c'est-à-dire à environ 500 000 francs. Ainsi, une personne remplissant tous les critères d'éligibilité et ayant plus de 500 000 francs de capital de prévoyance vieillesse ne peut prétendre à une Ptr.

Le PS Suisse est de l'avis que ce seuil est beaucoup trop bas et ne respecte pas la volonté du législateur. Ce faisant, le Conseil fédéral exclut un trop grand nombre de personnes des Ptr. De plus, c'est un non-sens et cela va à l'encontre de l'esprit de la loi qui souhaite justement préserver l'avoir de la prévoyance professionnelle.

Or, un le seuil de 500 000 francs correspond, en somme, à la rente moyenne du 2^e pilier d'un homme ; il ne s'agit pas d'un avoir de prévoyance vieillesse « très élevé ». Rappelons que les rentes vont continuer à baisser. Enfin, selon le rapport explicatif, le Conseil fédéral admet qu'il n'est pas exclu qu'une personne ayant un avoir de prévoyance supérieur à ce seuil puisse devoir recourir par la suite aux PC¹. Cela démontre que ce seuil n'est pas adéquat.

Ainsi, le PS Suisse demande une augmentation du seuil pour l'avoir de la prévoyance vieillesse.

¹ Page 4 du rapport de consultation.

Efforts d'intégration (Art. 5 OPtra ; art. 5, al. 5 LPtra)

L'article 5 de l'ordonnance instaure l'obligation pour les bénéficiaires de prestations transitoires de démontrer chaque année qu'ils font des efforts pour s'intégrer sur le marché du travail.

Or, l'art. 5, al. 5 LPtra – sur lequel se fonde l'article de l'ordonnance – laisse quant à lui la possibilité au Conseil fédéral de rendre ou non obligatoire la démonstration d'efforts d'intégration.

Sachant que ces personnes, avant d'avoir accès aux PTra, étaient au chômage durant une longue période, on peut raisonnablement partir du principe que ces dernières ont tout entrepris pour retrouver un emploi. Ainsi, continuer à leur demander cet effort est déraisonnable.

De plus, le rapport explicatif précise que les efforts d'intégration doivent être compris dans un sens plus large que dans le seul cas de l'assurance-chômage, donc des activités telles que le bénévolat ou la participation à un cours de langue sont à prendre en considération. Au vu de ce qui précède, il n'y a pas lieu d'imposer des exigences qualitatives et/ou quantitatives.

Ainsi, aux yeux du PS Suisse, cette obligation n'est pas fondée et nous demandons au Conseil fédéral d'y renoncer en supprimant l'article 5 de l'ordonnance.

Calcul de la fortune nette (art. 21 OPtra, art. 10, al. 1 let. c LPtra)

À l'alinéa 4, le Conseil fédéral propose de prendre en compte une partie de l'avoir de la prévoyance professionnelle pour déterminer la fortune nette. Il part donc du principe que les bénéficiaires de la PTra puissent accéder librement à une partie de leur capital de retraite du 2^e pilier.

Or, les possibilités de retrait (même partiel) de capital varient selon le régime des caisses de pension. De plus, ceci est contraire à l'esprit même de la loi, à savoir préserver l'avoir de la prévoyance professionnelle. Il en va de même pour les avoirs du 3^e pilier.

Le législateur était conscient de cette inégalité de traitement des différentes formes d'épargne/retraite. Ces aspects ne peuvent donc pas être réglés au niveau de l'ordonnance.

C'est pourquoi nous demandons que l'art. 21, al. 4, soit modifié de manière à ce que les avoirs de prévoyance du 2^e pilier ne soient pas pris en compte dans la détermination de la fortune nette.

Remboursement des moyens auxiliaires (art. 35 OPtra, art. 17, al. 1, let. d LPtra)

Le PS Suisse s'étonne que l'ordonnance s'écarte de la pratique habituelle concernant la prise en charge des frais d'utilisation et d'entretien des moyens auxiliaires ; elle n'est en effet pas prévue.

Nous demandons que l'alinéa 3 soit modifié afin que ces frais soient également pris en charge.



En vous remerciant de l'attention que vous porterez à nos remarques, nous vous prions de recevoir, monsieur le conseiller fédéral, mesdames, messieurs, nos meilleures salutations.

Parti socialiste suisse

Mattea Meyer
Co-présidente

Cédric Wermuth
Co-président

Anna Nuzzo
Secrétaire politique